(Präsident.)

Meine Herren! Bitte lassen Sie Herrn Abgeordneten (A) Fleißner weitersprechen, solange seine Rede sich in der richtigen Form und der notwendigen Begrenzung bewegt.

(Zuruf rechts: Wir wollen hinausgehen!)

Abgeordneter Fleißner (fortfahrend): Ja, Sie können hinausgehen, wenn Sie wollen.

Nun noch ein paar Bemerkungen zu der Frage der Neuordnung. Interessant werden die Dinge jetzt in Rücksicht auf die nunmehr erfolgte öffentliche Bekanntgabe der preußischen Wahlrechtsvorlage, interessant deshalb, weil ja auch hier in diesem Hause die Wahlrechtsfrage aktuell ist; interessant wird sie insbesondere für die Herren Nationalliberalen, die ja in der außerordentlichen Deputation alle Wahlrechtsanträge abgelehnt haben, während wir in Preußen das sonderbare Schauspiel erleben, daß dort jetzt ein nationalliberaler Minister die Wahlrechtsvorlage im Parlamente zu vertreten hat.

Nun enthält ja diese Wahlrechtsvorlage gewiß eine ganze Reihe von großen Mängeln. Es ist zweifellos, daß mit der Wahlrechtsvorlage zugleich eine starke Beeinträchtigung der Bedeutung des Parlamentes bezweckt ist. Dagegen wird natürlich von sozialdemokratischer Seite der Kampf zu führen sein. An sich (B) aber ist es interessant, daß jetzt in Preußen grundsätzlich das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt wird.

Was wird nun aus Sachsen, und wie steht es überhaupt gegenwärtig in Sachsen auf dem Gebiet der Neuordnung? Bisher ist aus dieser langen und schwierigen Arbeit der Kommission recht wenig herausgekommen, und das Wenige wird obendrein auch noch von der Regierung abgelehnt und bekämpft. Was die Wahlrechtsfrage anlangt, so wird von neuem darauf hinzuarbeiten sein, daß auch in Sachsen in bezug auf das Wahlrecht andere Zustände eintreten. Man richtet sich ja sonst immer nach Preußen, warum nicht in diesem Falle? Wir verstehen aber die „Parlamentarisierung" nicht so, daß es genügt, wenn das Parlament die ausschlaggebende Bedeutung der Regierung gegenüber hat und daß die Regierung gewissermaßen nur die ausführende und vollziehende Gewalt für die Beschlüsse des Parlamentes ist. Wir wollen, daß das Volk selber mitwirken und mit entscheiden soll. Die Demokratie muß als Grundlage des ganzen Staatswesens in Betracht kommen, d. h. der Wille des Volkes muß entscheidend sein, nach welcher Meinung das Parlament seine Aufgabe zu erfüllen hat. Das sozialdemokratische Programm (C) faßt diesen Grundsatz zusammen in die Forderung: Direkte Gesetzgebung durch das Volk; Einsetzen des Willens des Volkes durch derartige gesetzliche Einrichtungen, die es ermöglichen, daß das Volk in unmittelbarer Weise auf die Gestaltung der Gesetzgebung einwirken kann. So entsteht also nicht nur eine Verantwortung der Regierung gegenüber dem Parlament, sondern es entsteht auch die unmittelbare Verantwortung des Parlaments gegenüber dem Volke. Das ist der Zustand, den wir prinzipiell anstreben.

Wir sind jetzt noch weit davon entfernt und wissen, daß wir sobald in Deutschland nicht zu solchen Zuständen kommen. Aber gerade deshalb ist es notwendig, daß das Volk, das diesen Zustand haben will, scharf den unweigerlichen Kampf dafür führt, auch im gegenwärtigen Augenblick, trotz des Belagerungszustands, der gehandhabt wird in einer Weise, die alle ernste politische Opposition unterdrückt. Das beste Recht hat keinen Sinn, wenn man es nicht anwenden kann. Deshalb muß es unbedingt Aufgabe und Forderung einer jeden Partei sein, die für die Demokratie, für das politische Recht und die politische Freiheit eintritt, nicht eher eine Regierung zu unterstützen, als bis die Beseitigung des Be- (D) lagerungszustandes herbeigeführt worden ist. Jetzt sind die Parlamente für uns noch die einzige Stelle, wo man sich noch einmal aussprechen kann,

(Zurufe.)

wenn's erlaubt wird. Es ist festzustellen, daß keine Partei so ungeheuerlich unter diesen Zuständen leidet und keine so schwer von ihr betroffen wird wie die unabhängige sozialdemokratische Partei. Redeverbote, Zensur, Polizeiwillkür, Verhaftungen, Verurteilungen, sowie ein geradezu skandalöses Spitzelsystem sind die Mittel, mit denen jetzt uns gegenüber regiert wird. Wir haben geradezu unter einem Schreckensregiment zu leiden.

(Oho!)

Militärdiktatur und Polizeiwillkürherrschen.

Bei der Gelegenheit eine Nebenbemerkung, die ich noch in der Deputation bei passender Gelegenheit weiter verfolgen werde. Die Leute, die heute verhaftet werden, in Untersuchungshaft kommen, werden in einer geradezu skandalösen Weise behandelt, auch in Dresden. Ich werde dafür näheres Material beibringen. Man behandelt diese Leute, als ob sie schon

Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden